

# Haushaltsrede FDP im Rat der Stadt Duisburg

23.11.2015

Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

üblicherweise ist es so, dass die Verknüpfung eines kommunalen Haushaltes mit der Bundespolitik bei einer solchen Haushaltsrede regelmäßig unter die Überschrift „Konnexitätsprinzip“ fällt. Je nach politischem Lager wird entweder zu viel Steuergeld verschwendet oder andersrum zu wenig Unterstützung vom Steuerzahler gewährt. Diesmal – sehr geehrte Damen und Herren – ist es anders. Ich erlaube mir, eingedenk der aktuellen Situation, einen etwas größeren Bogen zum Haushalt der Stadt Duisburg zu schlagen: Wir stehen, wie viele andere Städte auch, vor enormen Herausforderungen, bedingt durch weltpolitische Ereignisse, die im wahrsten Sinne des Wortes Bürger Angst und Bange werden lassen. Schon vor den unsäglichen terroristischen Anschlägen erreichte uns ein Menschenstrom, der Freiheit, Frieden und Lebensglück bei uns sucht.

Augenscheinlich wochenlang gab es ein total unkoordiniertes Verhalten des Bundes bzw. der Bundesregierung, das mit Fingerhakeleien bis zum heutigen Tag noch nicht geendet hat. Folglich geht es in den nachfolgenden Instanzen, wie Land und vor allem Kommune, drunter und drüber. Niemand weiß so genau, wer wann, wohin und woher kommt. Aber wie immer in schwierigen Situationen, scheint ausgerechnet dann die Stunde der Extreme gekommen zu sein. Ich verkürze, der Redezeit wegen, meine Ausführungen sehr stark: Auf der einen Seite stehen diejenigen, die jedwedes legitimes Interesse an der geordneten und sicheren Staatsfunktion hintanstellen, die die Sicherheitsbedürfnisse und Grundlagen eines Staates nicht begreifen oder begreifen wollen und sich einer Willkommensromantik hingeben, die nur Kopfschütteln verursacht. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, denen in großen Teilen offensichtlich nicht mal der Unterschied zwischen Asylbewerbern, Flüchtlingen und EU-Bürgern klar ist, die sich entmenschlicht von Not abwenden und einem irgendwie gearteten völkischen Gedankengut hingeben: Hautfarbe und Religion sollen auf einmal eine Rolle spielen.

Die oftmals schweigende Mitte sieht sich unter Druck; insbesondere deshalb, weil wir Verrohung allen Orten sehen: Es scheint für zunehmend mehr Menschen nicht mehr selbstverständlich zu sein, auf Gewalt zu verzichten: Im Diskurs (siehe Kommentare

in den Internetforen der Medien, Facebook etc.) und im wirklichen Leben (sh. Marxloh „no go area“, Anstieg der Kriminalität).

Dieser – zugegebenermaßen - große Bogen zum heutigen Haushalt musste meines Erachtens sein, um die Auswirkungen der nächsten Jahre, ja, Jahrzehnte auf die Finanzen unserer Stadt nicht aus dem Blick zu verlieren. Die Aufwendungen, die Duisburg leisten muss, sind nicht nur mit angemessenen Wohnunterkünften abgeglichen, sondern es bedarf in vielen Fällen einer dauerhaften und kostenintensiven Betreuung dieser Flüchtlinge. In diesem Zusammenhang bitte ich Sie, Herr Spaniel, allen engagierten Menschen, die mit der Unterstützung beschäftigt sind, ganz besonders zu danken.

Mit Blick auf den Ist-Zustand unserer Stadt kann man nicht behaupten, dass Duisburg auf eine zusätzliche Großbelastung vorbereitet wäre. Lassen Sie uns ein x-beliebiges kommunales Thema aufgreifen um zu sehen, welche Fortschritte, welche Innovationen, welcher neue Schwung bislang erzielt wurde:

- Zum Beispiel Bildung: Wie sieht im Moment der ach so große Wurf bei der Inklusion aus? Die heutige Momentaufnahme zeigt uns: Keine ausreichenden Sonderkräfte vorhanden, keine passende Infrastruktur bereitgestellt. Ein Staatsversagen auf ganzer Linie! Hinzukommen werden dann unweigerlich die Belastungen der vorhandenen Struktur mit Flüchtlingskindern, die eigentlich einer ganz besonderen Aufmerksamkeit bedürfen.
- Zum Beispiel: Stadtentwicklung. Wann wird welches Klein- und Großprojekt genau fertig? Fehlanzeigen und beredtes Schweigen, wohin das Auge blickt. Dies kann der Zentralität Duisburgs, das heißt letztendlich der Kaufkraft und damit den Einnahmen, nicht gut tun.
- Ich stellte im Jahre 2013 fest, dass mir das Erfolgskonzept der VIA– wie vielen anderen Bürgern – absolut verschlossen geblieben ist. Daran hat sich bis heute nur geändert, dass die Bezirksregierung zwischenzeitlich den Finger gehoben hat. Nach meinen bescheidenen historischen Kenntnissen können wir im übernächsten Jahr 50 Jahre, ja, Sie hören richtig, 50 Jahre(!) erfolglose Versuche der kommunalen Zusammenarbeit beim ÖPNV mit Nachbarstädten feiern. Das Zwischenergebnis heute wie vor zwei Jahren: Drei Städte, drei Meinungen, Null Ergebnis.

- Beim Verkauf der Klinikum Anteile wurde so lange gezögert, bis der Wert um Millionen gesunken war. Gleiches steht uns mit den RWE Aktien - mit Ansage - bevor.
- Betriebe die nicht einmal der freien Marktwirtschaft ausgesetzt sind, können kein Quartal ohne den Tropf des Steuerzahlers überleben. Über Beiträge zur Konsolidierung wir tapfer geschwiegen.

Sehr geehrte Damen und Herren:

Reformunfähigkeit, dein Name ist SPD-Duisburg! Oder lassen Sie es mich mit einem wirklich großen Sozialdemokraten, Willy Brandt sagen: „Fortschreibung der Vergangenheit ergibt noch keine Zukunft!“ Sture Fortschreibung eines ideenlosen Politikstils, einer oftmals überheblichen Mehrheitspolitik, gepaart mit Geheimniskrämerei und Hinterzimmerabsprachen sind prägend für die Stadt. Die Ergebnisse sind in jedem Ranking zu sehen. Oftmals wird Duisburg nur noch als bemitleidenswert zwischen Fehlplanungen und no-go-area überregional dargestellt. Bleibt zu hoffen, dass der Fraktionsvorsitzende der CDU nicht als „Folien-Rainer“ im Kabinett der Duisburger Abstrusitäten seinen Platz findet. Und genau deshalb, weil es an Reformwillen und Reformfähigkeit mangelt, sagen wir Ihnen auch in diesem Jahr in unseren Anträgen:

Wir mögen gut ausgestattete Schulen viel lieber als Großkonzernaktien.

Wir mögen eine funktionierende Stadtgesellschaft und eine gute Infrastruktur lieber als gebunkerte Wertanteile.

Wir mögen ein funktionierendes und bezahlbares Bus- und Schienensystem viel lieber als 40 Aufsichtsratsposten für verdiente Kommunalpolitiker.

Wir werden gerade Zeuge in Duisburg: Große Koalitionen bedeuten Postengeschiebe und großen politischen Stillstand. Nichts anderes.

Wir, sehr geehrte Damen und Herren, werden uns an diesem Stillstand nicht beteiligen, es bedarf keiner Fortschreibung von Schulden, sondern deren schnellstmögliche Auflösung. Selbstverständlich bedanken wir uns bei der Verwaltung, die sich der Mühe unterzogen hat und den Haushalt aufgestellt hat.

Unbeschadet der unterschiedlichen politischen Auffassungen, bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche jedem in diesem Raum ganz persönlich ein herzliches: Glück und Erfolg!